

Von der Lehman-Pleite für den Brexit lernen

Vor zehn Jahren hat die Lehman-Pleite das kriselnde Weltfinanzsystem erschüttert – mit gravierenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen. Der entscheidende Grund für diesen Schlamassel war der übertriebene Glaube an die Effizienz und Stabilität des globalen Finanzmarkts. Die Anhänger dieses Glaubens wurden mit üppigen Gehältern und Gewinnen belohnt. Egal ob New York, London oder Frankfurt: Mit Deregulierung und Steuervorteilen wetteiferten die Standorte um das lukrative Geschäft. Es entstand ein ungesunder Wettbewerb.

Das Finanzsystem wurde immer profitabler und immer fragiler. Im Zentrum standen globale Großbanken, die extrem gehebelt, sehr kurzfristig refinanziert, und global vernetzt waren. In guten Zeiten sprudelten die Gewinne. Viele Banker hielten sich für Genies. Als der Knall kam, mussten die Steuerzahler und die Zentralbanken einspringen, um die Verwüstung einer neuerlichen Lehman-Pleite zu verhindern.

In den Jahren nach der Lehman-Pleite hat man glücklicherweise angefangen, den Finanzsektor stärker zu regulieren. In der Europäischen Union entstand die Bankenunion. Der Finanzsektor und die Großbanken sind nun solider finanziert, die Krisenvorkehrungen sind besser, der Steuerzahler stärker geschützt.

Vollendet ist das Werk noch nicht. Die größten globalen Banken könnten den Steuerzahler im Krisenfall noch immer zu ihrer Rettung zwingen. Man müsste sich weiter um das Too-big-to-fail-Problem kümmern. Aber der Regulierungseifer erlahmt. In den USA hat Trump schon die Finanzregulierungswende eingeleitet.

Und in Europa? Mit dem Brexit droht uns akut ein neuerlicher Standortwettbewerb mit einer gefährlichen Deregulierungstendenz. Die Vorstellung, dass London sich mit dem Brexit zwar aus den europäischen Regeln ausklinkt, aber weiterhin der EU als wichtigstes Finanzzentrum dienen kann, ist unrealistisch.

Also wird es zu einer erheblichen Abwanderung des Finanzsektors aus London kommen. Aber wohin? Frankfurt und Paris wetteifern um dieses Geschäft, aber auch kleinere Wettbewerber mit aggressiven Standortstrategien wie Dublin oder Luxemburg sind dabei. Zwar stecken die europäischen Gesetze einen groben Rahmen ab, indem sich jeder Standort bewegen muss. Aber viele Regelungen sind weiter national. Außerdem kann die nationale Umsetzung der europäischen Regeln streng oder eben lax gehandhabt werden.

Um diesem schädlichen Standortwettbewerb nach dem Brexit einen Riegel vorzuschieben, sollten Deutschland und Frankreich dringend eine europäische Finanzplatzstrategie für Europa und speziell für Frankfurt und Paris entwickeln. Es geht darum, auf ähnliche Größenvorteile wie in London zu kommen. Der Größenvorteil eines Finanzplatzes darf dabei übrigens nicht mit der Größe seiner Banken gleichgesetzt werden. Vielmehr geht es um ein hochprofessionelles Marktgeschehen mit hoher Liquidität.

Als Teil dieser deutsch-französischen Strategie sollte deshalb die weitere Europäisierung der relevanten Regeln und Aufsichtsfunktionen forciert werden. Im Bankbereich würde sich eine Bündelung der europäischen Bankenaufsicht in Frankfurt anbieten, wie sie für die Eurozone bereits erfolgt ist.

Umgekehrt könnte die europäische Finanzmarktaufsicht in Paris gebündelt werden. Mit der Esma ist dort bereits eine entsprechende europäische Behörde vorhanden, die aber gegenüber den nationalen Finanzaufsichten noch viel zu wenig zu sagen hat.

Zudem wäre es wichtig, dass man die Marktinfrastrukturen eng miteinander verzahnt, so dass der Kapitalmarkt die erforderliche Tiefe und Breite erreicht. Neben technischen Voraussetzungen einschließlich des Clearinggeschäfts setzt dies auch einen gewissen kulturellen Wandel voraus. In Frankreich wäre insbesondere der Abschied von einer manchmal übertriebenen Nähe zwischen Finanzwelt und Staat zu nennen; in Deutschland die manchmal übertriebene Bevorzugung der Bankfinanzierung gegenüber der Kapitalmarktfinanzierung.

Wie viel Steuerharmonisierung im Rahmen einer solchen Strategie dann möglich wird, und in welchem Umfang dann auch noch behutsame industriepolitische Weichenstellungen erforderlich sein mögen, um das wechselseitige Vertrauen in die Nachhaltigkeit der engen Zusammenarbeit zwischen Frankfurt und Paris zu sichern, wäre noch zu prüfen.

Jedenfalls wäre eine Strategie der Standortkooperation zwischen Frankfurt und Paris allemal vielversprechender als ein schädlicher Standortwettbewerb nach dem Brexit. Und es wäre ein schönes Signal, dass Europa auch im 21. Jahrhundert noch aus der Geschichte zu lernen in der Lage ist.



Jakob von Weizsäcker ist SPD-Europaabgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung.